

Spielberger Nachrichten

amtliche Mitteilung

Nummer 6, November 2010. Zugestellt von Post.at

Gemeindezeitung der KPÖ



ISS: Konzern kassiert



In der letzten Gemeinderatssitzung wurde der Verkauf des ehemaligen Jugendzentrums und damit verbunden eine Wirtschaftsförderung an die Firma ISS Facility Services GmbH beschlossen. Die KPÖ stimmte gegen diese Tagesordnungspunkte.

KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding: „Die KPÖ wurde in die Vorbesprechungen eingebunden und ich erhielt alle Informationen. Das ist keine Selbstverständlichkeit und ich halte das für sehr guten politischen Stil. Die Sache selbst sehe als Förderungstourismus und als Besserstellung eines Großkonzerns, und dem kann ich nicht zustimmen.“

Zur Vorgeschichte:

Vor einigen Jahren ist eine Filiale der Firma ISS Facility nach Knittelfeld gezogen. Der Geschäftsführer der Firma, Herr Peter Schaflechner und SPÖ-Landtagsabgeordneter Gerald Schmid wurden in den Medien dafür gefeiert, hunderte Arbeitsplätze nach Knittelfeld gebracht zu haben.

Die Firma ISS ist ein weltweit agierender Konzern. Für die damalige Betriebsansiedlung gab es Förderungen des Landes in der Höhe von 7.500 Euro und die Gemeinde Knittelfeld verzichtete für drei Jahre auf die Hälfte der Kommunalabgabe. Nun, da endlich mehr Geld in die Gemeindekasse fließen würde, geht die Filiale nach Spielberg.

Üppige Förderungen in Spielberg

Die Gemeinde verkauft das ehemalige Jugendzentrum, wohin ISS den Sitz der Filiale verlegen wird, an Frau Irene Erregger, der Lebensgefährtin des Geschäftsführers der Filiale.

Fortsetzung ➔

Fortsetzung ↷

Das Gebäude und 2.912 Quadratmeter Grund wurden weit unter Wert verkauft. Der Kaufpreis von 170.000 Euro netto liegt um **116.000 Euro niedriger** als der Betrag, den das Schätzgutachten ergeben hat. Alle aushaftenden Darlehen die das Objekt belasten, werden von der Käuferin übernommen und vom Kaufpreis abgezogen. Der Gemeinde bleiben vom Verkauf somit rund 15.400 Euro. Das ist der erste Teil der Förderung.

Als zweiten Teil der Wirtschaftsförderung verzichtet die Gemeinde Spielberg für fünf Jahre auf die Hälfte der Kommunalsteuer. Diese großzügigen Förderungen bewirken, dass sich diese Betriebsansiedlung erst nach rund fünf Jahren für unsere Gemeinde rechnen wird. Ob die Firma dann weiterzieht - zum nächsten großzügigen Spender - ist völlig ungewiss und angesichts der bisherigen Praxis auch zu befürchten. Denn im Gegenzug für die Förderung wurde keinerlei Mindestansiedlungsdauer festgelegt.

Das ist die Besserstellung eines Konzerns. Den arbeitenden Menschen wird die Lohnsteuer jeden Monat abgezogen, sie können nicht mit dem Finanzamt verhandeln nur die Hälfte bezahlen zu müssen. Auch bei den Wasser- oder Kanalgebühren können „normale“ Gemeindebürger-Innen keine Halbierung herausverhandeln. Aber einem Konzern wird alles gerichtet. SPÖ und ÖVP stimmten für diese Tagesordnungspunkte.

Es muss endlich eine einheitliche Förderpolitik der Gemeinden geben. Wenn sich zwei streiten, freut sich der dritte. Wenn eine Gemeinde der anderen Konkurrenz macht, schwächen sie die eigene Position - und das nutzt den Unternehmern. Durch diesen Wechsel wird kein zusätzlicher Arbeitsplatz in unserer Region geschaffen - aber zweimal eine Förderung kassiert.

Wer ist ISS? - wem nützt dieses Geschäftsmodell?



ISS ist ein dänischer börsennotierter Konzern. Er beschäftigt weltweit an die 485.000 MitarbeiterInnen in rund 50 Ländern und erzielt einen Umsatz von über neun Milliarden Euro.

Für 2009 wurde ein Gewinn von über 500 Millionen Euro ausgewiesen. In Österreich werden ca. 7.500 Menschen beschäftigt. Auf der Internetseite stellt ISS einen seiner Geschäftszweige so vor „*Immer wenn es um Dienstleistungen abseits Ihres Kerngeschäftes geht, ist ISS Facility Services der ideale Partner...*“ Angeboten werden Reinigungsdienste, Schädlingsbekämpfung, Winterdienste, Kontrolldienste und vieles mehr. Natürlich gibt es neben ISS noch viele Unternehmen, die in diesem Zweig der Dienstleistungen tätig sind.

Wir möchten die andere Seite dieses Geschäftsmodells beleuchten. Es wird immer darüber gesprochen,

auch in unserer Gemeinde, wie viel man sich durch die Dienste solcher Firmen einspart. Voll des Lobes ist man auch, wie flink die übertragenen Arbeiten erledigt werden. Wer wird dabei vergessen? - richtig geraten - die Menschen die diese Leistungen ausführen.

Zuvor waren z.B. die Reinigungskräfte in den Firmen, Gemeinden oder Spitälern vor Ort angestellt. Heute werden diese Leistungen zugekauft. Die Beschäftigten waren früher in das jeweilige Lohnschemata der Firma/Gemeinde eingebunden und konnten an den Erfolgen und Sozialleistungen des jeweiligen Unternehmens teilhaben. Heute sind sie davon ausgeschlossen.

Unter akkordähnlichen Bedingungen und bei geringem Lohn werden diese Tätigkeiten meist von Teilzeitbeschäftigten ausgeführt. Viele von ihnen leiden unter Dauerstress. Bekannt ist in diesem Gewerbe auch die hohe Fluktuation der Beschäftigten. Viele halten den Druck nicht aus, werden dadurch krank und arbeitslos. Hier schließt sich der Kreis.

Dadurch, dass ihr Einkommen trotz enormer Arbeitsbelastung so niedrig war, haben diese Menschen Anspruch auf Unterstützungen und Transferleistungen. Diese Leistungen werden aber von der Allgemeinheit getragen. Somit kann man sagen die einzigen Gewinner sind private Unternehmen. Sie verdienen an der Arbeitsleistung und an der niedrigen Bezahlung. Für die öffentliche Hand wird diese Form der Ausbeutung durch die Transferzahlungen und die geminderten Steuereinnahmen (je geringer der Lohn desto geringer die Lohnsteuer) zum Verlustgeschäft.

Darum fordert die KPÖ einen gesetzlichen Mindeststundenlohn von mindestens zehn Euro brutto. Ganz nach dem Motto der ÖVP:
Leistung muss sich wieder lohnen.



Im Winter machen Kleinkinder rund um den Hochbehälter (Nähe Schlossgrund) ihre ersten Erfahrungen mit Schlitten und Ski. Allerdings ist der vordere Teil des Hochbehälters nicht durch ein Gelände gesichert und stellt somit eine Gefahrenquelle dar. Wir haben im Gemeinderat die Anfrage gestellt, ob die Gemeinde hier eine Absturzsicherung montieren könnte. Der Bürgermeister sagte eine Prüfung zu.

Als Ersatz für das desolate Fahrzeug soll ein neues Versorgungsfahrzeug für die FF Sachendorf angeschafft werden. Die Finanzierung erfolgt durch eine Förderung des Landes und durch Eigenmittel der Feuerwehr. Zur gänzlichen Abdeckung des von der Feuerwehr aufzubringenden Betrages ist die Aufnahme eines Darlehens notwendig.

Die Gemeinde übernahm die Haftung für ein Darlehen in der Höhe von 50.000 Euro aufgenommen bei der Steiermärkischen Sparkasse. Die Haftungsübernahme wurde einstimmig beschlossen.

Die KPÖ nimmt zu den politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv.

Aber selten wird in den Medien darüber berichtet, weil wir den Mächtigen in die Quere kommen.

**Unsere Internet-Adresse lautet:
www.kpoe-steiermark.at**

Impressum: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10,
8720 Knittelfeld. Tel.: 03512/82240,
E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at
Druck: KPÖ-Hausdruckerei, Graz

KPÖ für ein Bettelverbot

Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!



Wir treten für ein österreichweites Bettelverbot ein. Wir unterscheiden uns von FPÖ, BZÖ und ÖVP aber durch die angesprochene Zielgruppe. FPÖ, BZÖ und ÖVP meinen vor allem arme, kniende Menschen vor Geschäften. Unserer Forderung richtet sich an die Zielgruppe der potenten Großkonzerne wie Magna, ISS, Red Bull usw...

Diese scheuen sich trotz satter Gewinne nicht bei den Gemeinden um Förderungen anzuklopfen und auch mit Abwanderung zu drohen. Konkret angesprochen ist hier natürlich das Beispiel des ISS Konzerns, der schon in Knittelfeld eine satte Wirtschaftsförderung bekommen hat. Seine Umsiedlung erzeugt in der Region keinen zusätzlichen neuen Arbeitsplatz. Verloren gehen in dieser Region allerdings jene 50% der Kommunalabgabe, die der Konzern als Wirtschaftsförderung von unserer Gemeinde erhält. Ob sich diese geförderte Betriebsansiedlung für die Gemeinde finanziell rechnen wird, zeigt sich erst in einigen Jahren.

Die Gemeinden sind durch die Wirtschaftskrise und durch die von Bund und Land zusätzlich übertragenen Aufgaben in Finanznöten. Aber eine Gemeinde kann und darf die Budgetprobleme nicht auf Kosten der Nachbargemeinde lösen.

Notwendig sind Initiativen für einen gerechten Finanzausgleich und die Erschließung neuer Einnahmequellen wie Wertschöpfungsabgaben, Reichensteuern und Finanztransaktionssteuern. Diese Steuern sind keine Massensteuern und gefährden damit auch nicht die für die Wirtschaft so wichtige Kaufkraft. Ein Teil dieser neuen Einnahmen müssten zweckgebunden an die Gemeinden fließen. Denn diese erledigen 80% aller öffentlichen Infrastrukturinvestitionen und sind damit ein wichtiger regionaler Wirtschaftsfaktor.

Weiters muss es zwischen den Gemeinden ein Abkommen für eine einheitliche Wirtschaftsförderung geben, damit es zu keinem „Bettel- und Fördertourismus“ der Konzerne kommt

**meint Ihr KPÖ-Gemeinderat
Erich Wilding**

Nachtragsvoranschlag

In der letzten Sitzung des Gemeinderates wurde ein Nachtragsvoranschlag für das laufende Haushaltsjahr beschlossen. Ein Nachtragsvoranschlag wird nötig, wenn es bei Ausgaben oder Einnahmen zu wesentlichen Änderungen gegenüber den im Budget vorgesehenen Summen gekommen ist.

Nachfolgend eine Übersicht über den ordentlichen und den außerordentlichen Haushalt. Interessierte BürgerInnen können auch auf der Gemeinde Einsicht in das Budget nehmen.

ORDENTLICHER HAUSHALT

	Voranschlag 2010	1. Nachtrag	Gesamter Voranschlag 2010
Summe Einnahmen	7,831.000 Euro	125.000 Euro	7,956.000 Euro
Summe Ausgaben	8,128.700 Euro	673.000 Euro	8,801.700 Euro
Abgang	- 297.000 Euro	- 548.000 Euro	- 845.700 Euro

AUSSERORDENTLICHER HAUSHALT

	Voranschlag 2010	1. Nachtrag	Gesamter Voranschlag 2010
Summe Einnahmen	95.000 Euro	306.000 Euro	401.000 Euro
Summe Ausgaben	95.000 Euro	306.000 Euro	401.000 Euro
Abgang	----	----	----

Die wesentlichste neue Einnahme im ordentlichen Haushalt war eine Transferzahlung des Landes in der Höhe von 240.000 Euro. Bei den Ausgaben stieg die Sozialhilfeverbandsumlage um rund 104.000 Euro. Für die Instandhaltung von Straßen wurden um 55.000 Euro mehr aufgewendet. Im jetzigen Nachtragsvoranschlag ist auch der Verlustvortrag aus dem Jahr 2009 in der Höhe von rund 667.000 Euro enthalten.

Im außerordentlichen Haushalt schlug sich die Sanierung der Triesterstraße 40 mit 271.000 Euro zu Buche, der Grundstückankauf mit 35.000 Euro. Beide Vorhaben werden mittels Darlehensaufnahmen finanziert.

Die ÖVP stimmte gegen den Nachtragsvoranschlag. Besonders bemängelt wurde von Seiten der ÖVP, dass die Einnahmen zu optimistisch angesetzt wurden.

Die KPÖ teilte die Kritik, stimmte aber zu. Denn entscheidend sind die Ausgaben und diese können im ordentlichen Haushalt aufgrund gesetzlicher Auflagen und bestehender Verpflichtungen nur wenig beeinflusst werden.

Mehr Mittel für die Gemeinden aus dem Finanzausgleich (Verteilungsschlüssel der Steuereinnahmen des Bundes an die Länder und Gemeinden) sind nötig. Ebenso wie neue Einnahmequellen, wie eine stärkere Besteuerung von Vermögen, denn in unserem Land ist genug Geld vorhanden, es ist nur in den falschen Händen. Die Landesumlage, eine Abgabe der Gemeinden an das Land, muss überdacht werden. Wenn die Gemeinden nicht mehr Geld bekommen, werden sie ihre vielfältigen Aufgaben nicht mehr bewältigen können.

Aus dem Gemeinderat

Mountainbiken Tremmelberg

Auf Anfrage von Stadtrat Manfred Lenger teilte der Bürgermeister mit, dass sich der Knittelfelder Bürgermeister Siegfried Schafarik bereit erklärt hat das Thema zu koordinieren. Es soll versucht werden in Gesprächen der Bürgermeister mit den Tourismusverantwortlichen eine gebündelte Vorgangsweise zu erreichen. Ob alle ehemaligen Mountainbikestrecken wieder befahrbar sein werden ist aber fraglich.

Heizkostenzuschuss

Der Bürgermeister berichtete, dass der Heizkostenzuschuss des Landes zwischen 18. Oktober und 17. Dezember in der Gemeinde beantragt werden kann. Personen, die bereits Wohnbeihilfe beziehen, können keinen Antrag stellen.

Leider wurde der Antrag der KPÖ auch BezieherInnen der Wohnbeihilfe den Heizkostenzuschuss zu gewähren mehrmals im Landtag abgelehnt.



In Stadthof ist der Fußgängerübergang schlecht beleuchtet. Dazu kommt noch, dass es hier ein Tempolimit von 80km/h gibt. Wir haben angeregt, dass es hier zu einer Verbesserung kommen soll. In der Anfragebeantwortung führte der Bürgermeister aus, dass es hier aufgrund von Kompetenzstreitigkeiten noch keine Lösung gäbe. Dieses Problem sei auch schon früher von Vize-Bgm. Liebinger angesprochen worden.

Es ist zu hoffen, dass nicht ein schlimmer Unfall passieren muss, um hier einen besseren Schutz bzw. Übersicht zu erreichen.

Privatisierung der Wasserversorgung in Italien

In Italien wurden 1,4 Millionen Unterschriften für eine Volksbefragung gegen ein Gesetz zur Wasserprivatisierung gesammelt.

Die italienische Regierung möchte per Gesetz die kommunalen



Wasserversorgungsunternehmen zwingen bis 2012 einen Anteil von mindestens 40 Prozent an Private zu verkaufen. Zwar ist Österreich nicht Italien, aber man sollte solche Vorstöße beim Nachbarn kritisch betrachten.

Viele Menschen glauben, so etwas kann in Österreich nicht geschehen. Ein Beispiel: Die Postprivatisierung wurde auch nicht in Österreich „erfunden“ und doch beugte sich unser Land dem EU-Diktat. Die Liberalisierung und Privatisierung führte z.B. in Spielberg zur Schließung des Postamts.

Wasser ist ein unverzichtbares Lebensmittel und darf nicht für Geschäftemacherei missbraucht werden. Es gehört verfassungsmäßig festgeschrieben, dass die Wasserversorgung in öffentlicher Hand bleibt und somit der demokratischen Kontrolle unterliegt.

Aus dem Gemeinderat

Finanzierung Grundstückskauf

Zur Finanzierung des bereits beschlossenen Grundstücksankaufs in Weyern wurde ein Darlehen aufgenommen. Bestbieter war die Steiermärkische Sparkasse für ein Darlehen von 30.000 Euro mit einer Laufzeit von 10 Jahren.

XOXOXOXOXOXOX

Finanzierung Sanierung

Die Obersteirische Wohnstätten Genossenschaft wurde mit der Abwicklung der energetischen Sanierung des gemeindeeigenen Wohnobjektes Triesterstraße 40 beauftragt. Dieser Auftrag umfasste auch die Einholung von Darlehensangeboten.

Nun werden bei der Steiermärkischen Sparkasse als Bestbieter zwei Kredite aufgenommen. Ein Darlehen über 210.000 Euro hat eine Laufzeit von 14 Jahren, der zweite Kredit über 61.000 Euro wird 30 Jahre laufen. Die Darlehen werden über für die Dauer der Laufzeit angepasste Mieten finanziert.

XOXOXOXOXOXOX

Filmaufführung an Schulen

Der oberste Gerichtshof hat entschieden, dass bei der Aufführung von Filmen an Schulen eine Vergütungspflicht für die Urheberrechte besteht. Nun wurde ein Betrag von 60 Cent pro SchülerIn und Jahr ausverhandelt. Das Land wird diesen Betrag von den der Gemeinde zustehenden Ertragsanteilen einbehalten und an die zuständige Stelle weiterleiten.

XOXOXOXOXOXOX

Änderungen Flächenwidmungsplan

Unter den Titel „Hirn/Leser/Kammersberger“ sind in der Katastralgemeinde Ingering 1 Flächenwidmungsplanänderungen geplant. Der Gemeinderat hat beschlossen diese Änderungen in der Zeit vom 21.10. bis 23.12.2010 im Stadtamt aufzulegen. Während dieser Zeit können schriftliche Einwendungen, die eine Begründung enthalten müssen, beim Gemeindeamt bekanntgegeben werden.

Unter den Titel „Golob-Transporte“ sind in der Katastralgemeinde Schönberg Flächenwidmungsplanänderungen geplant. Diese Änderungen werden ebenfalls in Zeit vom 21.10. bis 23.12.2010 im Stadtamt aufgelegt. Während dieser Zeit können ebenfalls Einwendungen gemacht werden.

A-Tec, ATB-Spielberg: Im Kapitalismus sind die arbeitenden Menschen nur ein Spielball der Konzerne

Vor wenigen Wochen veröffentlichte Mirko Kovats ein Buch, in dem er Österreich als einen „eindeutigen Insolvenzfall“ bezeichnete und 62 Ratschläge gab, wie mit einem solchen umzugehen sei. Nun ist seine Firma A-Tec pleite.



Auch im Film „Let's make money“ hat Kovats dargestellt, wo für ihn das perfekte Unternehmerparadies liegt. Zum Beispiel in Indien, wo Menschen verhungern und auf den Straßen hausen, „Hier schreit keiner nach dem Staat, hier ist Selbsthilfe angesagt, hier geht's nur um die Wirtschaft.“, so Kovats. Für die arbeitenden Menschen bei uns hatte er auch einen Wunschzettel: „Selbstverständlich wird die Arbeitszeit steigen und ich gehe davon aus, dass diese Mehrarbeitszeit auch in Zukunft nicht bezahlt wird.“

Nun ist der A-Tec-Konzern in Insolvenz. Hunderte Millionen von Verbindlichkeiten und Haftungen machen diese Insolvenz zur drittgrößten Pleite in der österreichischen Wirtschaftsgeschichte. Kovats hat nun ein sogenanntes „Sanierungsverfahren mit Eigenverwaltung“ beantragt. Sind die Gläubiger, verschiedene Banken und Privatinvestoren, damit einverstanden, werden die Verbindlichkeiten mit einer Mindestquote von 30 Prozent bedient. Derzeit laufen die Verhandlungen. Auch eine Zerschlagung des Konzerns ist möglich.

Erfolgsprämie, Privat-Jet...

Kovats hat sein Vermögen (Firmenbeteiligungen, Immobilien...) in zwei Privatstiftungen geparkt. Bis jetzt hat er sich geweigert, bis auf die A-Tec-Aktien, Vermögen aus diesen Stiftungen für die Rettung des Konzerns zur Verfügung zu stellen. Anlegerschützer Wilhelm Rasinger hat kritisiert, dass Kovats in den letzten Jahren unverhältnismäßig viel in seine Privatstiftung geschaufelt habe. Der Dreier-Vorstand der A-Tec habe sich allein 2009 eine Erfolgsprämie von 1,6 Mio. Euro neben einer Million Euro an Fixbezüge ausbezahlt. Es sei davon auszugehen, dass der Vorstandsvorsitzende (Kovats) den Löwenanteil davon kassiert habe. Vor kurzem hat sich Kovats ein eigenes Privat-Flugzeug „gegönnt“.

Der A-Tec Konzern beschäftigt 12.000 MitarbeiterInnen, davon rund 2.000 in Österreich. Noch ist nicht klar, was diese Pleite für sie bedeutet. Auch die ATB in Spielberg gehört zum Kovats-Konzern. In seinem Buch schrieb Kovats über die ATB: „Wir werden den Betrieb sicher nicht Knall auf Fall zusperren, aber über einen gewissen Zeitraum gesehen wird diese Produktion nicht in Österreich bleiben“. Die Beschäftigten der ATB haben mit ihrem Betrieb ein ständiges Auf und Ab erlebt. Nach der Bauknecht-Pleite wurde die Firma von der öffentlichen Hand aufgefangen. Leider haben Betriebsrat und Belegschaft sich nicht gegen eine Privatisierung gewehrt.

Die Beschäftigten der ATB haben in den vergangenen Jahren auf Einkommen verzichtet und länger gearbeitet. Viel wird immer vom unternehmerischen Risiko geredet. Um Mirko Kovats wird man sich, auch Dank seiner Privatstiftungen, keine Sorgen machen müssen. Wohl aber um die Zukunft der Arbeiter und Angestellten seines Konzerns. A-Tec und ATB sind Lehrbeispiele dafür, wohin es führt, wenn Betriebe privatisiert und damit zum Spielball von Konzernen werden.

Wir brauchen ein Umdenken in der Wirtschaftspolitik. Die große Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass die Forderung „Weniger Staat und mehr Privat“ eine Propaganda-Lüge auf Kosten der arbeitenden Menschen ist. Die A-Tech-Pleite ist ein weiterer Beweis dafür dass es nicht stimmt, dass Private besser wirtschaften können. Wir brauchen endlich die Steiermark-Holding, damit Betriebe wieder in öffentliches Eigentum kommen. Und wir brauchen eine Gesellschaft, in der der Mensch und nicht die Profite der Konzerne zählen.

Für eine Abschaffung der Stiftungen

Ob bei der BAWAG, der A-Tec, oder der Hypo-Alpe Adria, immer waren Stiftungen mit im Spiel. Das jetzige Stiftungsrecht wurde von SPÖ-Finanzminister Lacina ins Leben gerufen. Es ermöglicht reichen Privat-Personen ihr Vermögen steuerschonend anzulegen. Das beinhaltet derartig große Steuervorteile, dass es in Österreich kein nennenswertes Vermögen mehr gibt, das nicht in einer Stiftung angelegt wäre.

Stiftungen sind ein Mittel um die Interessen der Reichen und Mächtigen zu schützen. Alle Erfahrungen zeigen: Dieses Privileg gehört ohne „Wenn und Aber“ abgeschafft.



AnrainerInnen haben uns gebeten auf folgende Situation aufmerksam zu machen: Die Kreuzung Birkachweg-Spielbergerstraße ist, vom Birkachweg kommend, sehr unübersichtlich. Um gut in die Kreuzung einsehen zu können, muss weit in den bestehenden Radweg eingefahren werden. Außerdem werden durch das weite Hinausfahren Fahrzeuge, die von der Spielbergerstraße in den Birkachweg einbiegen wollen behindert. Diese Straße wird von vielen Menschen befahren. Ein zusätzlicher Verkehrsspiegel würde die Verkehrssicherheit heben.

Fall auch Sie Anregungen oder Beschwerden haben, bringen wir diese gerne im Gemeinderat ein. Unserer Kontaktadresse: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstr. 10, 8720 Knittelfeld Tel: 03512/82240, E-Mail: kpoe-knittelfeld@aon.at

Aus dem Gemeinderat

Schönberg Verkehr

Derzeit läuft der Baustellenverkehr für den A1 Ring über den Birkachweg. Deshalb gibt es bereits Beschwerden von AnrainerInnen. KPÖ-GR Erich Wilding hat im Gemeinderat die Frage gestellt, wie die Zufahrt zum Ring in Zukunft gestaltet wird. Amtsdirektor Dr. Kurt Jeitler erklärte, dass eine Trassenführung zum Schönberghof über Flatschach geplant ist.

Höhere Automatensteuer

Das Automatenglücksspiel hat schon viel Menschen in den Ruin getrieben. Die KPÖ kämpft seit Jahren gegen die Geschäftemacherei mit der Spielsucht. Ein Verbot der Glücksspielautomaten wäre das Beste. Leider ziehen SPÖ und ÖVP dabei nicht mit. Auf Grund unserer hartnäckigen Bemühungen ist es wenigstens gelungen, dass der Landtag die Automatensteuer deutlich auf insgesamt 1.000 Euro angehoben hat. Den Löwenanteil dieser Erhöhung fällt an das Land. Die Gemeinden dürfen den Anteil der Steuer, der ihnen zu Gute kommt, monatlich pro Automat von 300 auf 370 Euro anheben. Das ist in Spielberg nun ab 1. November geschehen.

Neues Tierheim

In Raßnitz bei Knittelfeld wird ein neues Tierheim errichtet. Die Finanzierung des Baus erfolgt zur Hälfte durch das Land. Die andere Hälfte wird durch die Gemeinden der Bezirke Knittelfeld, Judenburg und Murau getragen. Der Anteil, der auf die Gemeinde Spielberg entfällt, beträgt 14.622 Euro.

Ein Oktoberstreik wäre nötig

Zwischen 26. September und 5. Oktober 1950 kam es zum größten Streik in der Zweiten Republik, der als Oktoberstreik in die Geschichte eingegangen ist. Die Wirtschaft hatte sich 1950 vom Krieg erholt, die Produktion überstieg in einigen Bereichen bereits den Stand von 1937. Aber die Reallöhne lagen nur bei rund die Hälfte von 1937. Die Pläne der Regierung Preiserhöhungen zu genehmigen, die um ein vielfaches höher als die Lohnerhöhungen waren, führten zum spontanen Streik.

Damals waren beinahe die Hälfte aller Industriebeschäftigten beteiligt. In der Steiermark kam es Graz, Donawitz, Voitsberg, Kapfenberg und Fohnsdorf zu Protesten. Die Führung von SPÖ, Gewerkschaft und Arbeiterkammer stellte sich hinter die Regierung. Der Streik wurde als kommunistischer Putsch diffamiert. Tausende Streikteilnehmer wurden entlassen, Gewerkschaftsführer verhaftet. Es wurde sogar ein Schießbefehl ausgegeben. Der Streik brach zusammen.

Historiker haben inzwischen nachgewiesen, dass der Oktoberstreik kein kommunistischer Putschversuch war. Diese Lüge diente dazu die Streikbewegung zu diffamieren. Alle angeklagten kommunistischen Gewerkschafter wurden freigesprochen. Das Ende des Oktoberstreiks stand am Beginn einer Entwicklung, bei der die Gewerkschaft, die SPÖ und die arbeitenden Menschen das Kämpfen verlernt haben.

Heute sind wir soweit, dass die Reichen immer reicher werden während die arbeitenden Menschen an die Wand gedrückt werden. In Frankreich gehen Jung und Alt gemeinsam gegen die Pensionspläne der Regierung auf die Straße, weil beide Gruppen wissen, dass sie ansonsten alle verlieren. Bei uns fordern Jugendverbände die Pensionen zu kürzen.

Die Regierung schmiedet Belastungspakete und schont die Reichen. Wenn die arbeitenden Menschen nicht wieder lernen nicht, alles hinzunehmen und dass sie nur gemeinsam stark sind, wird sich nichts zum Positiven verändern.

Sprechstunde

mit Sozialberatung

mit DSA Karin Gruber

und der Knittelfelder Stadträtin

Renate Pacher

Donnerstag, 25. November

9.00 bis 12.00 Uhr

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld

Friedensstraße 10

Voranmeldungen unter: 03512/ 82240

Zurück an den Absender



Keine Kürzung der Pensionen

Keine Erhöhung des Eintrittsalters bei den Pensionen – das kostet Arbeitsplätze für die Jugend

Keine Kürzungen beim Pflegegeld

Keine Erhöhung von Massensteuern auf Benzin und Diesel

Keine Abschaffung des Alleinverdienerabsetzbetrages

Reichensteuer jetzt !



Das Belastungspaket ist ungerecht. Es trifft die Mehrheit der Bevölkerung. Es verschont die Banken und die Superreichen, denn diese Form der Banken- und Aktiensteuer ist nur Kosmetik.

Den Superreichen geht es so gut wie nie. Das Vermögen der Millionäre in Österreich wächst auch in Krisenzeiten pro Jahr zwischen 8 und 10 Prozent. Diese märchenhafte Geldvermehrung hat nichts mit Arbeit oder Fleiß zu tun. Wir alle bezahlen für den wachsenden Wohlstand der Superreichen: Mit dem Rettungspaket für Millionäre und Banken - und dem Belastungspaket für den Rest der Bevölkerung. Es ist kein Zufall, dass die Manager Abfertigungen und Prämien in der Höhe von vielen Millionen bekommen.

Die Menschen müssen jetzt rechnen:

Je nach Betroffenheit bedeutet das Belastungspaket den Verlust von mehreren tausend Euro pro Jahr. Benzin und Diesel werden teurer, Gebühren werden erhöht. Es wird immer schwieriger, mit dem Geld auszukommen. Die Mittelschicht wird immer stärker zur Kasse gebeten, die Armut wächst in unserem Land.

Was tun?

Das sind die Pläne der Bundesregierung. Aber das ist noch nicht das Ende der Belastungswelle. Auch im Land wird bereits an Belastungspaketen geschnürt. Sollen wir froh darüber sein, dass uns die Regierung in Österreich etwas weniger schröpft als die es Regierungen in Griechenland, Spanien oder Großbritannien mit ihrer Bevölkerung tun? Oder sollen wir uns wehren?

Wer uns die Krise eingebrockt hat, soll auch für ihre Kosten aufkommen. Schicken wir das Belastungspaket zurück an den Absender!

Deshalb sind wir

- **Für die Reichensteuer die Millionäre sollen zahlen**
- **für eine Bankenabgabe, die diesen Namen auch verdient**
- **für die Wiedereinführung der Vermögens-, der Erbschafts- und der Schenkungssteuer**
- **Für die Abschaffung der Stiftungen**
- **für eine Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung des Sozialsystems**
- **für die Vergesellschaftung des gesamten Banken- und Versicherungssystems in Österreich unter demokratischer Kontrolle**

Die Proteste auf den Straßen zeigen: Die Leute glauben der Regierung nicht mehr. Wehren wir uns.

Gemeinsam sind wir stark!